



Deutscher Bundestag

Herrn
Rudolf Denner
Oelsnitzerstraße 9
12627 Berlin

Berlin, 23. Juni 2021
Geschäftszeichen:
PräsB 2/1 – 32014/38094
Anlagen: 2

**Stabsstelle Reden, Texte,
Bürgeranfragen (PräsB 2)**

Dr. Jacob Krumrey
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-34094
Fax: +49 30 227-36548

Dienstgebäude:
Luisenstr. 32-34
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Denner,

ich bestätige den Eingang Ihres erneuten Schreibens an Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble vom 8. Juni 2021. Die Gründe, derentwegen der Bundestagspräsident von einer parlamentarischen Sonderveranstaltung aus Anlass des 80. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion absieht, sind Ihnen bereits in einem Schreiben vom 1. April 2021 ausführlich dargelegt worden.

Der Bundestagspräsident hat in der Sitzung des Deutschen Bundestag am 23. Juni 2021 vor Eintritt in die Tagesordnung an den deutschen Angriff auf die Sowjetunion erinnert und der 27 Millionen Toten gedacht. Das Gedenken in Deutschland und in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion verdeutliche, wie wichtig der Respekt für die unterschiedlichen Erfahrungen und damit verbundenen Gefühle für Frieden und Stabilität auf dem Kontinent sei. Um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit müsse man sich immer wieder bemühen – so Herr Dr. Schäuble. Er fügte hinzu: „Hier waren wir allerdings, das zeigen nicht zuletzt die geschichtspolitischen Betrachtungen, mit denen der russische Staatspräsident auf die innenpolitische Debatte in unserem Land einzuwirken versucht, schon einmal viel weiter.“

Anders als Sie behaupten, hat sich der Deutschen Bundestag am 9. Juni 2021 im Rahmen einer Vereinbarten Debatte mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion beschäftigt. Vertreter aller Fraktionen verurteilten ihn als Beginn eines „Vernichtungskriegs“. Ich verweise außerdem auf die Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags, die in diesem Jahr dem Thema „Nationalsozialistische Verbrechen und



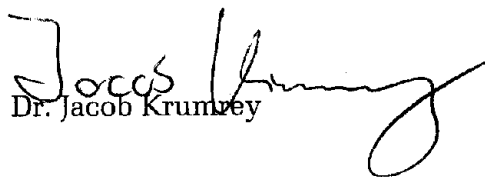
Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg“ gewidmet ist. Als Teil der Jugendbegegnung hat der Bundestagspräsident an einer Podiumsdiskussion mit Professor Dr. Raphael Gross, dem Präsidenten der Stiftung Deutsches Historisches Museum, teilgenommen.

Da Ihre Kritik auf die deutsche Politik insgesamt abzielt, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer Rede ebenfalls der Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im Osten gedacht hat und sich zur deutschen Verantwortung für die damals verübten Verbrechen bekannt hat. Über die Rede ist in den Medien breit berichtet worden. Im Übrigen hat sich die Bundeskanzlerin ähnlich geäußert. Ihre Vorwürfe entbehren jeder Grundlage.

Ihre Unterstellung, der Deutschen Bundestag würde eine tendenziöse Informationspolitik unterstützen, ist zurückzuweisen. Presse und Medien berichten in Deutschland frei – das schließt das Recht ein, sich auch kritisch zur gegenwärtigen Politik der russischen Regierung zu äußern.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag


Dr. Jacob Krumpal



Datenschutzhinweise

Datenschutzhinweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages

Diese Datenschutzhinweise informieren Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages, informieren Sie über Ihre Rechte und versetzen Sie in die Lage, über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten, informiert zu entscheiden.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

ist der Deutsche Bundestag, den Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-0
E-Mail: mail@bundestag.de

Die **Behördliche Datenschutzbeauftragte** erreichen Sie unter der oben genannten Postadresse, mit dem Zusatz „Behördliche Datenschutzbeauftragte“, der oben genannten Telefonnummer oder unter datenschutz.bdb@bundestag.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die von Ihnen mitgeteilten Daten einschließlich Ihrer Kommunikationsdaten (Name, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse) verarbeiten wir, um mit Ihnen in Kontakt treten zu können sowie zur Erfüllung der in der Zuständigkeit des Verantwortlichen liegenden Aufgaben (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 BDSG).

Dauer der Datenspeicherung

Grundsätzlich löschen wir Ihre Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Wir speichern Ihre Daten aufgrund bestehender Nachweis- und Aufbewahrungspflichten. Die Speicherfristen betragen mindestens 5 Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem der letzte Kontakt mit Ihnen stattgefunden hat.

Für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke können Unterlagen nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen an das Parlamentsarchiv abgegeben werden. Die weitere Verwahrung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe d EU-DSGVO. Weitere Einzelheiten sind in der Archivordnung für den Deutschen Bundestag sowie in der Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv geregelt.

Betroffenenrechte

Sie können unter der o.g. Adresse Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten sowie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten sowie ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen (Artikel 15-18 und 20 DSGVO).

Sie haben ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, rechtmäßigen und auf gesetzlicher Grundlage erfolgenden Datenverarbeitungen zu widersprechen. Das Widerspruchsrecht besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihre Interessen überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

Weiterhin haben Sie die Möglichkeit, sich an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Behörde ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Straße 153
53117 Bonn